

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>V</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XIX</b>
<b>§ 1 Einführung und Allgemeines</b> .....	<b>1</b>
I. Eingrenzung des Gebietes .....	1
II. Historische Entwicklung .....	2
1. Die Entwicklung der Gemeinschaft .....	2
2. Die Entwicklung des Umfeldes der Gemeinschaft .....	6
<b>§ 2 Das Recht des Europarates</b> .....	<b>7</b>
I. Aufgaben und Struktur des Europarates .....	7
II. Die EMRK .....	8
1. Bedeutung .....	8
2. Organisation und Verfahren .....	9
a) Mitgliedschaft .....	9
b) Rechtsschutzsystem .....	9
c) Einbeziehung der EMRK in die Europäische Union .....	11
3. Einzelne Garantien der EMRK im Prüfungsaufbau .....	12
a) Eröffnung des Schutzbereichs .....	12
aa) Allgemeines .....	12
bb) Folterverbot (Art. 3 EMRK) .....	13
cc) Grundsatz des fairen Verfahrens (Art. 6 EMRK) ..	13
dd) Familie und Privatleben (Art. 8 EMRK) .....	14
ee) Meinungsfreiheit (Art. 10 EMRK) .....	15
ff) Eigentum (1. Zusatzprotokoll) .....	15
gg) Diskriminierungsverbot (Art. 14 EMRK) .....	16
hh) Persönlicher Schutzbereich (Art. 34 EMRK) .....	16
b) Eingriff in den Schutzbereich .....	16
c) Schranken und Rechtfertigung .....	16
d) Auslegungsprinzipien des EGMR .....	18
4. Geltung im innerstaatlichen Recht .....	18
5. Hinweise zu Prüfungsarbeiten .....	20
<b>§ 3 Struktur der Europäischen Union</b> .....	<b>20</b>
I. Mitgliedschaft .....	20
1. Beitritt neuer Mitgliedstaaten .....	20
2. Austritt von Mitgliedstaaten .....	22

3.	Ausschluss von Mitgliedstaaten . . . . .	23
4.	Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten (Art. 7 EU) . . .	24
5.	Assoziierung. . . . .	24
II.	Organe der Europäischen Union . . . . .	25
III.	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	25
1.	Rechtsnatur . . . . .	25
2.	Handlungsmöglichkeiten . . . . .	26
3.	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik . . . . .	27
IV.	Außenbeziehungen der Europäischen Union . . . . .	28
1.	WTO-Abkommen. . . . .	28
a)	Allgemeines. . . . .	28
b)	Anwendbarkeit der WTO-Vorschriften im Unionsrecht	28
2.	Assoziierungsabkommen . . . . .	30
a)	Allgemeines. . . . .	30
b)	Wirkung im Unionsrecht. . . . .	31
c)	Formen der Assoziationsabkommen. . . . .	32
aa)	Entwicklungsassoziiierung . . . . .	32
bb)	Beitrittsassoziiierung . . . . .	32
cc)	Freihandelsassoziiierung. . . . .	32
d)	Assoziierungsabkommen mit der Türkei. . . . .	33
3.	EWR-Abkommen . . . . .	33
4.	Bilaterale Verträge: EU und Schweiz . . . . .	34
§ 4	<b>Rechtsquellen des Unionsrechts . . . . .</b>	<b>36</b>
I.	Überblick. . . . .	36
II.	Primäres Unionsrecht . . . . .	37
1.	Verträge. . . . .	38
2.	Protokolle . . . . .	39
3.	Charta der Grundrechte . . . . .	39
4.	Erklärungen . . . . .	39
5.	Satzungen . . . . .	40
6.	Gewohnheitsrecht . . . . .	40
7.	Allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .	40
III.	Sekundäres Unionsrecht . . . . .	41
IV.	Völkerrechtliche Verträge . . . . .	41
V.	Auslegung des Unionsrechts. . . . .	42
1.	Auslegung nach dem Wortlaut . . . . .	42
2.	Historische Auslegung. . . . .	43
3.	Systematische Auslegung . . . . .	43
4.	Teleologische Auslegung . . . . .	43

<b>§ 5</b>	<b>Grundrechte im Unionsrecht</b>	<b>45</b>
I.	Grundlagen	45
1.	Allgemeine Rechtsgrundsätze (Art. 6 Abs. 3 EU)	45
2.	Grundrechtecharta	48
3.	Einbindung der Grundrechte des Unionsrechts in die nationale Verfassungsordnung	51
II.	Grundrechtsschutz in der Union	52
1.	Schutzbereich	53
2.	Eingriff	53
3.	Rechtfertigung	54
4.	Schranken-Schranke	55
III.	Einzelne Grundrechte	56
1.	Menschenwürde	56
2.	Freiheitsgrundrechte	57
a)	Freiheit und Sicherheit der Person	57
b)	Achtung des Privat- und Familienlebens	57
c)	Schutz der Ehe und Familie	58
d)	Kommunikationsfreiheit	59
e)	Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	61
f)	Berufsfreiheit	61
g)	Schutz des Eigentums	63
h)	Allgemeine Handlungsfreiheit	65
3.	Gleichheitsgrundsatz	65
4.	Bürger- und justizielle Grundrechte	66
IV.	Verhältnis zur EMRK	66
<b>§ 6</b>	<b>Rechtsnatur der Union</b>	<b>67</b>
I.	Rechtspersönlichkeit im Völkerrecht	67
1.	Überblick	67
2.	Völkerrechtsfähigkeit	68
3.	Folgen der Völkerrechtspersönlichkeit	70
II.	Supranationalität	71
<b>§ 7</b>	<b>Organe der Union</b>	<b>72</b>
I.	Überblick	73
II.	Organe der EU	74
1.	Der Europäische Rat	74
a)	Aufbau und Organisation	74
b)	Aufgaben und Befugnisse	74
c)	Beschlussfassung	75
2.	Der Rat	75
a)	Institutionelle Organisation	76
b)	Aufgaben und Befugnisse	78
aa)	Rechtsetzung	79

bb) Außenbeziehungen und innere Sicherheit . . . . .	79
cc) Haushalt . . . . .	80
dd) Personalangelegenheiten . . . . .	80
ee) Neubei tritte, Austritte und Vertragsänderungen. . .	81
3. Die Kommission . . . . .	81
a) Aufbau und Organisation . . . . .	81
b) Aufgaben und Befugnisse . . . . .	82
c) Beschlussfassung . . . . .	84
4. Das Parlament . . . . .	85
a) Aufbau und Wahlverfahren. . . . .	86
b) Mitwirkungsrechte. . . . .	89
5. Der Gerichtshof der Europäischen Union . . . . .	90
6. Der Rechnungshof . . . . .	92
7. Die Europäische Zentralbank. . . . .	92
III. Sonstige Institutionen . . . . .	93
1. Ausschuss der Regionen und Wirtschafts- und Sozial-	
ausschuss . . . . .	93
2. Europäische Investitionsbank (Art. 308 AEU) . . . . .	94
IV. Rechtliche Aspekte des Zusammenwirkens der Organe. . . . .	94
1. Kompetenzen . . . . .	94
2. Grundsatz des institutionellen Gleichgewichts . . . . .	95
3. Organisationsgewalt . . . . .	96
a) Grenzen der Errichtung für die Mitgliedstaaten. . . . .	96
b) Schaffung vertragsfremder Einrichtungen durch	
Unionsorgane . . . . .	97
V. Rechtsetzung der Union . . . . .	99
1. Kompetenzen – allgemeine Grundsätze . . . . .	99
a) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. . . . .	99
b) Kompetenzerweiterungen . . . . .	100
aa) Art. 352 AEU . . . . .	100
bb) Ungeschriebene Kompetenzen . . . . .	101
c) Kompetenzbegrenzungen . . . . .	102
aa) Subsidiarität . . . . .	102
bb) Erforderlichkeit . . . . .	104
d) Flexibilität. . . . .	104
2. Verfahren der Rechtsetzung . . . . .	105
a) Wahl der Rechtsgrundlage . . . . .	105
b) Mehrheitserfordernisse . . . . .	106
c) Beachtung von Mitwirkungsvorschriften. . . . .	106
aa) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren. . . . .	107
bb) Besonderes Gesetzgebungsverfahren . . . . .	108
d) Begründungspflicht . . . . .	110
e) Veröffentlichung . . . . .	111
f) Inkrafttreten . . . . .	112

<b>§ 8</b>	<b>Handlungsformen und Rechtsetzung in der Union</b>	<b>112</b>
I.	Verordnungen	112
II.	Richtlinien	114
1.	Allgemeine Bedeutung	114
2.	Unmittelbare Wirkung	115
a)	Umsetzungsfrist und hinreichende Bestimmtheit	115
b)	Erfordernis eines subjektiven Rechts	117
c)	Rechtsfolge der Nicht- oder Falschumsetzung	118
d)	Horizontale Wirkung	120
aa)	Verhältnis Privat–Privat	120
bb)	Dreiecksverhältnisse	123
e)	Objektive Wirkung	124
3.	Zusammenfassung	127
III.	Beschlüsse	127
IV.	Empfehlungen und Stellungnahmen	128
V.	Sonstige Rechtsakte	129
<b>§ 9</b>	<b>Das Rechtsschutzsystem der Union</b>	<b>131</b>
I.	Der EuGH und die Aufgaben des gerichtlichen Rechtsschutzes	131
II.	Das System des Rechtsschutzes im Unionsrecht	133
1.	Gegenstand gerichtlicher Kontrolle und Überblick über die Zuständigkeiten	133
2.	Umfang gerichtlicher Prüfung	135
3.	Rechtsfortbildung	136
4.	Verfahrensgrundsätze	137
III.	Die Verfahrensarten	137
1.	Das Vertragsverletzungsverfahren	137
2.	Nichtigkeitsklage	141
a)	Allgemeine Grundsätze der Nichtigkeitsklage	141
b)	Klagegegenstand	143
c)	Klagebefugnis	144
aa)	Privilegierte Kläger	144
bb)	Teilprivilegierte Kläger	145
cc)	Nichtprivilegierte Kläger	145
dd)	Klagebefugnis von Verbänden	152
d)	Urteilswirkungen	153
3.	Untätigkeitsklage	154
a)	Klagebefugnis und Klagegegenstand	154
aa)	Klagen der Mitgliedstaaten und der Unionsorgane	154
bb)	Klagen natürlicher und juristischer Personen	154
b)	Vorverfahren	155
c)	Urteilswirkungen	156
4.	Schadensersatzklage	156
a)	Zuständigkeit	156

b)	Parteifähigkeit und Klagegegenstand . . . . .	156
c)	Haftungsvoraussetzungen . . . . .	156
d)	Verhältnis der Schadensersatzklage zur Nichtigkeits- und Untätigkeitsklage. . . . .	157
e)	Verhältnis der Schadensersatzklage zu Schadensersatzklagen vor nationalen Gerichten . . . . .	157
5.	Vorabentscheidungsverfahren. . . . .	159
a)	Funktion und Bedeutung . . . . .	159
b)	Voraussetzungen für eine Vorlage . . . . .	161
aa)	Sachliche Zuständigkeit . . . . .	161
bb)	Vorlageberechtigung. . . . .	161
cc)	Zulässigkeit des Vorlagegegenstands. . . . .	162
dd)	Vorlagefähige Fragestellung. . . . .	163
ee)	Entscheidungserheblichkeit . . . . .	163
c)	Vorlagepflicht . . . . .	164
d)	Wirkung der Vorabentscheidung . . . . .	166
e)	Eilverfahren. . . . .	166
6.	Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	166
a)	Antragsvoraussetzungen . . . . .	167
aa)	Zulässigkeit. . . . .	167
bb)	Begründetheit . . . . .	168
cc)	Verfahren . . . . .	168
b)	Einflüsse auf das mitgliedstaatliche Verfahren . . . . .	169

## § 10 Das Unionsrecht im nationalen Recht . . . . . 171

I.	Verfassungsrechtliche Grundlagen im GG . . . . .	171
1.	Übertragung von Hoheitsrechten, Art. 23 Abs. 1 GG . . . . .	171
2.	Anforderungen an die EU . . . . .	171
3.	Grenzen der Übertragung . . . . .	173
4.	Mitwirkung nationaler Organe in der Union . . . . .	174
a)	Beteiligungsrechte des Bundestages. . . . .	174
b)	Beteiligungsrechte der Länder . . . . .	175
II.	Grundlagen des Verhältnisses Union – Mitgliedstaaten . . . . .	175
1.	Vertragstreue . . . . .	175
2.	Vorrang des Unionsrechts . . . . .	176
a)	Rechtsprechung des EuGH . . . . .	176
b)	Rechtsprechung des BVerfG . . . . .	177
III.	Nationaler Vollzug des Unionsrechts. . . . .	179
1.	Unmittelbare Anwendung des Unionsrechts. . . . .	179
2.	Unionsrecht und Verwaltungsrecht/Verwaltungsverfahren . . . . .	182
a)	Unionsunmittelbarer Vollzug als Ausnahme . . . . .	182
b)	Vollzug des Unionsrechts durch die Mitgliedstaaten. . . . .	182
IV.	Haftung der Mitgliedstaaten . . . . .	186
1.	Ausgangspunkt: Haftung für nicht umgesetzte Richtlinie. . . . .	186
2.	Haftung für sonstige Verstöße gegen Unionsrecht. . . . .	189

a)	Haftung für Verstöße gegen primäres Unionsrecht. . . .	189
b)	Fehlerhafte oder unvollständige Umsetzung von Richtlinien . . . . .	190
c)	Haftung für justizielles Unrecht . . . . .	191
3.	Der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch im deutschen Recht . . . . .	192
<b>§ 11</b>	<b>Der Binnenmarkt . . . . .</b>	<b>195</b>
I.	Überblick. . . . .	195
II.	Begriff des Binnenmarktes . . . . .	196
1.	Merkmale . . . . .	196
2.	Rechtliche Funktion . . . . .	197
III.	Harmonisierung . . . . .	199
1.	Überblick. . . . .	199
2.	Die Kompetenzgrundlage des Art. 114 AEU . . . . .	201
a)	Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	201
b)	Schutzniveaunklausel . . . . .	204
c)	Möglichkeiten abweichender Regelungen in den Mitgliedstaaten . . . . .	207
d)	Abgrenzung zu anderen Grundlagen . . . . .	207
3.	Die Kompetenzgrundlage des Art. 115 AEU . . . . .	208
IV.	Marktfreiheiten . . . . .	209
1.	Überblick. . . . .	209
2.	Grundstruktur der Marktfreiheiten . . . . .	209
3.	Sachlicher Anwendungsbereich der Marktfreiheiten . . . .	210
a)	Hinreichender Bezug zum Unionsrecht . . . . .	210
b)	Inländerdiskriminierung . . . . .	212
V.	Wettbewerbsschutz . . . . .	215
1.	Kartellverbot (Art. 101 AEU) . . . . .	216
a)	Vereinbarungen . . . . .	216
b)	Aufeinander abgestimmtes Verhalten . . . . .	217
c)	Unternehmen oder Unternehmensvereinigung . . . . .	217
d)	Horizontale oder vertikale Wettbewerbsbeschränkung .	218
e)	Geschützter Wettbewerb . . . . .	219
f)	Handel zwischen den Mitgliedstaaten (= sog. Zwischenstaatsklausel) . . . . .	220
g)	Spürbare Wettbewerbsbeschränkung . . . . .	220
2.	Ausnahmen vom Kartellverbot . . . . .	221
3.	Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEU) . . . . .	222
a)	Marktbeherrschende Stellung . . . . .	222
b)	Missbräuchliche Ausnutzung . . . . .	222
4.	Verfahren und Rechtsschutz im EU-Kartellrecht . . . . .	223
5.	Fusionskontrolle . . . . .	224
6.	Öffentliche Unternehmen . . . . .	226

7.	Beihilfen	226
a)	Beihilfenverbot (Art. 107 AEU)	227
aa)	Zuwendung eines wirtschaftlichen Vorteils (Begünstigung)	228
bb)	Staatliche Zurechenbarkeit	228
cc)	Begünstigung für bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige	229
b)	Voraussetzungen des Verbots	229
c)	Ausnahmen vom Beihilfenverbot	230
aa)	Sozialbeihilfen an einzelne Verbraucher	230
bb)	Katastrophenbeihilfen	230
cc)	Beihilfen wegen der Teilung Deutschlands	230
dd)	Verkehrsbeihilfen	231
ee)	Rüstungsbeihilfen	231
ff)	Mit der VO Nr. 994/98	231
gg)	Erlaubnisfähige Beihilfen	232
hh)	Verfahren	232
ii)	Rückforderung	233
<b>§ 12</b>	<b>Marktfreiheiten als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbote</b>	<b>235</b>
I.	Allgemeine und spezielle Diskriminierungsverbote	236
1.	Das Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEU	236
2.	Die Ermächtigung des Art. 19 AEU	238
3.	Besondere Regelungen im Arbeitsrecht	239
4.	Das Diskriminierungsverbot als allgemeiner Gleichheits- grundsatz	243
5.	Marktfreiheiten	243
6.	Verbot der abgabenrechtlichen Diskriminierung	244
II.	Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit	244
1.	Unmittelbare Diskriminierung	244
2.	Mittelbare Diskriminierung	245
III.	Rechtfertigungsmöglichkeiten	246
IV.	Unterschiede der Diskriminierungs- und Beschränkungs- verbote	248
1.	Freier Warenverkehr	249
2.	Dienstleistungsfreiheit	250
3.	Kapitalverkehr	251
4.	Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit	251
<b>§ 13</b>	<b>Warenverkehrsfreiheit</b>	<b>252</b>
I.	Überblick	252
II.	Sachlicher Anwendungsbereich: Begriff der Ware	253
1.	Definition	253
2.	Problemfälle	254
3.	Unionswaren und Drittlandsgüter	255



III.	Zollunion	256
1.	Gemeinsamer Zolltarif und Zollkodex	257
2.	Verbot der Zölle und Abgaben gleicher Wirkung	258
a)	Verbot der Zölle	258
b)	Abgaben gleicher Wirkung	259
c)	Ausnahmen vom Verbot des Art. 30 AEU	262
3.	Verbot diskriminierender Abgaben	263
a)	Abgrenzung zu Abgaben gleicher Wirkung (Art. 30 AEU)	264
b)	Diskriminierende Abgaben (Art. 110 UAbs. 1 AEU)	264
c)	Protektionistische Abgabe (Art. 110 UAbs. 2 AEU)	265
IV.	Verbot der mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung	266
1.	Begriff der Maßnahme gleicher Wirkung (Schutzbereich)	267
a)	Grundregel „Dassonville-Formel“	268
b)	Einschränkung durch die Keck-Formel	269
c)	Unterschied „vertriebsbezogen“ und „produkt-bezogen“	270
2.	Rechtfertigung	272
a)	Vorliegen einer gemeinschaftlichen Regelung	272
b)	Gründe des Art. 36 AEU	273
aa)	Öffentliche Sittlichkeit	273
bb)	Öffentliche Ordnung	274
cc)	Öffentliche Sicherheit	275
dd)	Gesundheit und Leben von Menschen	275
ee)	Schutz von Tieren und Pflanzen	277
ff)	Schutz des nationalen Kulturgutes	277
gg)	Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums	277
hh)	Willkürliche Diskriminierung oder verschleierte Beschränkung (Art. 36 Satz 2 AEU)	278
c)	Zwingende Gründe des Allgemeinwohls	279
d)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	282
3.	Maßnahmen gleicher Wirkung wie Ausfuhrbeschränkungen	283
V.	Schutzpflcht der Mitgliedstaaten	283
§ 14	Arbeitnehmerfreizügigkeit	285
I.	Unionsbürger und Arbeitnehmer – Überblick	285
II.	Anwendungsbereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit	287
1.	Begriff des Arbeitnehmers (Absatz 1)	287
2.	Wegfall der Arbeitnehmereigenschaft	290
3.	Freizügigkeit und Abgrenzung zu anderen Marktfreiheiten	291
4.	Besondere Gruppen von Freizügigkeitsberechtigten	292
a)	Studenten und Auszubildende	293
b)	Arbeit Suchende	293

c) Familienangehörige (Art. 2, 3 Abs. 1 RL 2004/38). . . . .	294
d) Sonstige freizügigkeitsberechtigte Personen . . . . .	297
5. Rechts- oder sittenwidrige Tätigkeiten . . . . .	299
6. Sportliche Aktivitäten . . . . .	299
III. Recht auf Gleichbehandlung (Absatz 2). . . . .	300
1. Umfang des Diskriminierungsverbots . . . . .	300
2. Formen mittelbarer Ungleichbehandlung . . . . .	301
3. Beschränkungsverbot. . . . .	303
4. Rechtfertigung mittelbarer Diskriminierung und Beschränkung . . . . .	304
5. Drittwirkung des Diskriminierungsverbots. . . . .	304
6. Konkretisierung des Diskriminierungsverbots (Art. 6–9 VO 492/2011) . . . . .	305
a) Zugangsrechte der Arbeitnehmer . . . . .	306
b) Anspruch auf steuerliche Vergünstigungen (Art. 7 Abs. 2 VO 492/2011). . . . .	306
c) Anspruch auf soziale Vergünstigungen (Art. 7 Abs. 2 VO 492/2011). . . . .	308
d) Anspruch auf Ausbildung und Studienförderung . . . . .	309
IV. Begleitrechte der Freizügigkeit (Absatz 3) . . . . .	313
1. Recht auf Zugang zur Beschäftigung. . . . .	313
2. Zugangsvoraussetzungen und mitgliedstaatliche Diplome . . . . .	314
3. Einreise- und Aufenthaltsrecht . . . . .	315
4. Daueraufenthaltsrecht . . . . .	319
V. Vorbehalt der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 45 Abs. 3; RL 2004/38). . . . .	321
1. Freizügigkeitsbeschränkungen . . . . .	322
2. Konkretisierung der Vorbehalte . . . . .	323
VI. Vorbehalt der öffentlichen Verwaltung (Absatz 4) . . . . .	324
1. Begriff der „öffentlichen Verwaltung“ . . . . .	324
2. Besonderes Treueverhältnis . . . . .	326
3. Diskriminierungsverbot . . . . .	327
<b>§ 15 Niederlassungsfreiheit . . . . .</b>	<b>328</b>
I. Überblick. . . . .	329
II. Anwendungsbereich . . . . .	329
1. Begriff der Niederlassung. . . . .	329
a) Wirtschaftliche Tätigkeit. . . . .	331
b) Feste Einrichtung . . . . .	331
c) Dauerhaftigkeit . . . . .	332
2. Primäre und sekundäre Niederlassung. . . . .	332
3. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	333
a) Natürliche Personen . . . . .	333
b) Gesellschaften . . . . .	333
aa) Gesellschaftsformen . . . . .	334

bb) Staatsangehörigkeit der Gesellschaft . . . . .	334
III. Rechte aus der Niederlassungsfreiheit . . . . .	338
1. Diskriminierungsverbot . . . . .	339
2. Beschränkungsverbot. . . . .	339
3. Bereichsausnahme: Ausübung öffentlicher Gewalt . . . . .	340
4. Beschränkungsmöglichkeiten . . . . .	341
a) Geschriebene Rechtfertigungsgründe . . . . .	341
b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe. . . . .	341
IV. Sekundärrecht . . . . .	342
1. Gesellschaftsrecht . . . . .	343
a) Koordinierungsrichtlinien . . . . .	343
b) Gemeinschaftsrechtliche Gesellschaftsformen . . . . .	344
aa) Verordnung 2137/85/EWG – Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) . . . . .	344
bb) Verordnung 2157/2001/EG – Europäische Aktiengesellschaft (SE) . . . . .	346
cc) Verordnung 1435/2003/EG – Europäische Genossenschaft (SCE) . . . . .	347
2. Anerkennung ausländischer Abschlüsse. . . . .	348
<b>§ 16 Dienstleistungsfreiheit . . . . .</b>	<b>349</b>
I. Allgemeines . . . . .	349
II. Begriff und Anwendungsbereich. . . . .	350
1. Sachlicher Anwendungsbereich. . . . .	350
a) Grenzüberschreitung . . . . .	351
aa) Aktive Dienstleistungsfreiheit . . . . .	351
bb) Passive Dienstleistungsfreiheit . . . . .	351
cc) Korrespondenzdienstleistung . . . . .	353
b) Entgeltlichkeit . . . . .	354
c) Subsidiarität . . . . .	357
aa) Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit (Art. 49 ff. AEU) . . . . .	358
bb) Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 ff. AEU) . . . . .	359
cc) Dienstleistungsfreiheit und freier Warenverkehr (insbesondere Art. 28 ff. AEU) . . . . .	360
dd) Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 ff. AEU) . . . . .	360
2. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	360
3. Räumlicher Anwendungsbereich. . . . .	361
III. Gewährleistungsumfang . . . . .	361
1. Diskriminierungsverbot . . . . .	362
2. Beschränkungsverbot. . . . .	365
3. Unmittelbare Anwendbarkeit . . . . .	376
4. Drittwirkung . . . . .	376

5. Aufenthaltsrecht . . . . .	377
IV. Schranken . . . . .	377
1. Ausübung öffentlicher Gewalt . . . . .	377
2. Vorbehalt der öffentlichen Ordnung . . . . .	378
V. Richtlinien nach Art. 62 AEU . . . . .	379
VI. Gesellschaften . . . . .	380
<b>§ 17 Kapital- und Zahlungsverkehr . . . . .</b>	<b>381</b>
I. Kapitalverkehr . . . . .	382
1. Begriff des Kapitalverkehrs . . . . .	382
2. Abgrenzung zum Zahlungsverkehr . . . . .	383
3. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten . . . . .	384
a) Warenverkehr . . . . .	384
b) Niederlassungsfreiheit. . . . .	384
c) Dienstleistungsfreiheit. . . . .	387
4. Schutzwirkung . . . . .	388
II. Zahlungsverkehr. . . . .	388
III. Beschränkungsmöglichkeiten . . . . .	389
<b>Anhang . . . . .</b>	<b>392</b>
I. Überblicke . . . . .	392
II. Schemata . . . . .	415
III. Definitionen und Begriffe . . . . .	430
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>443</b>